

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ka 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Mann-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1924)

Die Geißel der Diktatur.

In den ersten Jahren der bolschewistischen Herrschaft in Rußland war der Bolschewismus auch für große Massen des westlichen Proletariats eine glänzende Hoffnung. Diktatur, so hieß das Wundermittel, und das Unwissen, das über die sowjetrussischen Verhältnisse bestand, ließ die Verwirklichung des Kommunismus als spielend leicht erscheinen. Aber Rußland liegt nicht auf dem Monde und keine noch so große Schwierigkeit, es zu betreten und zu bereisen, konnte schließlich verhindern, daß das wahre Gesicht der dortigen Zustände doch enthüllt wurde. Obwohl auch Sowjetrußland noch immer das klassische Land Potemkins ist, blieb auch den Arbeitern des Westens nicht verborgen, wie es entgegen aller roßigen Schilderungen in Wirklichkeit dort unter der bolschewistischen Diktatur aussah. Die künstliche, widernatürliche, alle Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung mißachtende Aufspaltung des Kommunismus führte zu einer völligen Zerstörung der Wirtschaft. Der utopische, allen Grundsätzen marxistischer Erkenntnis widersprechende Versuch, ganze Entwicklungsperioden in lächerlichem Salto mortale überspringen zu wollen, mußte mißlingen und seit Jahr und Tag ist daher der „neue ökonomische Kurs“ daran, das internationale Kapital unter Verheißung von niedrigem Ausbeutungs- und Profitmöglichkeiten nach Rußland zu locken. Es gibt kein Versprechen, keinen Lehriakt ihrer Ideologie, in denen sich die Kommunisten nicht „geirrt“ und die sie nicht in fast ihr gerades Gegenteil „revidiert“ hätten. Sie erklärten den Kapitalismus als besiegt, doch als sie erkannten, was die Sozialdemokraten immer erklärt hatten, daß Rußland in keiner Weise für den Kommunismus reif sei, führten sie den „besiegten“ Kapitalismus reuig ins Land zurück. Es gab eine Zeit, da verkündeten sie triumphierend, das Geld sei in Sowjetrußland abgeschafft, doch eben jetzt gehen sie daran, die russische Währung zu stabilisieren, und sie bedienen sich bei dieser Währungsreform eben derselben Mittel, die sie früher als erbärmliches Flickwerk und als ausfischloses Versmaß der Sozialpatrioten, die kapitalistische Ordnung zu retten, verspottet hatten. Ueber Befehl der Moskauer Parteizentrale hatten die Kommunisten nichts anderes zu tun, als die kommende große Weltrevolution vorzubereiten und „in zwölfster Stunde“ nicht erst viel mit politischer Erziehung und Bildung der Arbeiter sich abzugeben. Auch da kam der Moment der Umkehr: endlich hörte man auch in Moskau die Uhr richtig schlagen. Die Weltrevolution wurde abgeblasen und allen Sektionen dringend empfohlen, die politische Aufklärung, Schulung und Bildung ihrer Anhänger systematisch zu betreiben. Die Parlamente waren ihnen als Instrumente der Demokratie verhasst und sie galten ihnen als „Schwabbuden“, die richtiggehende Kommunisten nur dazu berufen durften, um den Parlamentarismus zu „entlarven“: wenn auch das Schlagwort bei ihnen noch als rhetorische Phrase in Geltung ist, praktisch machen sie auf dem Boden der Parlamente, abgesehen von ihrem größeren müßigen Geschrei, längst keine andere Politik als die sozialdemokratischen Parteien.

Alle diese und noch viele andere Erkenntnisse schöpfte aber die kommunistische Partei nicht im geistigen Ringen aller ihrer Teile, ihrer Angehörigen untereinander, denn dazu war in der die Grundzüge der Demokratie verwerfenden Partei kein Raum. Der Bolschewismus, der bei längst überwundenen Irrtümern der sozialistischen Bewegung seinen Weg begonnen hatte, die er als funkelneue Wahrheiten ansah und ausgab, mußte sich mühselig durch das Gestrüpp seiner falschen Ideologie auf den Boden der Wirklichkeit und der wissenschaftlichen Erkenntnisse des Sozialismus zurückdrängen. Doch nicht die Gesamtheit seiner Mitglieder war es, aus deren Zusammenwirken die Unrevidierung der bolschewistischen Lehr-

Berschlechterung des Mieterchutzgesetzes.

Berschärfung der Kündigungsgründe. — Erhöhung der Mietzinse um 10 und 20 Prozent.

Prag, 2. April. In einer ganztägigen Sitzung hat heute ein Koalitionsausschuß die endgültige Redaktion des Textes des neuen Mieterchutzgesetzes vorgenommen. Wir brachten hierüber folgendes in Erfahrung:
Die Kündigungsgründe werden bedeutend verschärft. Der Mieter ist fortan auch kündbar wegen „einer am Hausherrn oder dessen Frau gegen die Sicherheit der Ehre durch Mißhandlung verübten strafbaren Handlung“. Er ist kündbar, wenn „er die gemieteten Räumlichkeiten ganz oder zum Teil mit oder ohne Einrichtung gegen Bezahlung, welche mit Rücksicht auf die Miete, die er selbst zahlt, unangemessen hoch ist, in Miete gibt“. Er ist kündbar, wenn „der Hausherr für ständig in eine oder zwei Wohnungen seines Hauses, dessen Besitz er vor Kündigung dieses Gesetzes erworben hat, übersiedeln will“. Die Grenzen für die Kündbarkeit einer physischen Person bei der Einkommens- oder Vermögensabgabe werden von 1.500.000 Kronen auf

1.000.000 Kronen und bei Aktiengesellschaften von 20 Millionen Kronen auf 15 Millionen Kronen herabgesetzt.

Entgegen allen anderlautenden Nachrichten, daß eine Erhöhung der Mietzinse nicht stattfinden muß festgestellt werden, daß die Erhöhung der Mietzinse bei kleinen frei werdenden Wohnungen 10 Prozent und bei großen frei werdenden Wohnungen 20 Prozent betragen wird. Bei kleinen Betriebsstätten und bei mittleren Betriebsstätten beträgt die Erhöhung 10 Prozent, bei großen Betriebsstätten 20 Prozent.

Endlich wäre noch zu erwähnen, daß „alle Wohnungen von fünf oder mehr bewohnbaren Räumlichkeiten, wenn die Anzahl der in der Wohnung wohnenden erwachsenen Personen, Dienstpersonen nicht eingerechnet, geringer ist, als die um eine verminderte Anzahl der Räumlichkeiten der bewohnbaren Räumlichkeiten“ aus dem Mieterchutzgesetz ausfallen!

Stürmische Kammer Sitzung.

Poincaré und sein Kriegsminister werden niedergeschrien.

Paris, 2. April. In der Kammer interpellierte Abg. Lacoite über die Zusammensetzung der Regierung und Änderung ihrer Front nach außen. Er kritisierte lebhaft die Majorität und die Regierung und protestierte energisch dagegen, daß Poincaré während seiner Rede nicht anwesend ist.
Hierauf ergreift der greise Abg. Bouisson, der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte, das Wort zur Interpellation über die Innenpolitik und namentlich über den Mißbrauch der Polizeiberichte. Er zeigt an dem Beispiel des Kommunisten Cahin, daß verschiedene Fälschungen vorgenommen wurden. Zum Schluß definiert er die Politik der Linken mit folgenden Worten: Reaktion niemals und Revolution immer.

Nach ihm ergreift Poincaré das Wort, der erklärt, daß das Programm der Regierung ein demokratisches Programm des Fortschrittes sei, welches aber jedem revolutionären Versuche den Weg versperren wird. Viele Abgeordnete unterbrechen Poincaré. Es entsteht ein minutenlanges Lärmen, dem Poincaré dadurch ein Ende macht, daß er erklärt, die Debatte möge keinen Vorwand für die Wahllogation der Abgeordneten abgeben. Poincaré gibt sodann Aufklärungen über die Bildung des neuen Kabinetts.

Bezüglich der Politik des Kabinetts erklärte Poincaré: Der Ministerpräsident ist derselbe geblieben, es wird weder an der inneren noch äußeren Politik etwas geändert werden. Er fordert die Kammer auf, sich nicht bei Personenfragen aufzuhalten, sondern die Re-

gierung nach ihren Taten zu beurteilen. Die Regierung stelle die republikanische Einheit und die nationale Eintracht dar. Sie wolle alle Wirren der sozialen Ordnung verhindern und das Werk des früheren Kabinetts fortsetzen. Die Regierung werde Laingese und Schulgesetze wahren. Die Sparmaßnahmen der Ermächtigungsgesetze werden in dem Geiste durchgeführt werden, in dem sie von der Kammer beschlossen worden sind. Dem Abg. Bouisson gegenüber bemerkt Poincaré, daß die Rheinarmee naturgemäß sich gegen jede antimilitaristische Propaganda schützen müsse. Auf verschiedene Zwischenrufe antwortet der Minister Maginot und verurteilt auf das schärfste das Treiben der Antimilitaristen an der Ruhr. Von sozialistischer und kommunistischer Seite erörtern Aufseher, Fälscher! Der Präsident der Kammer erteilt Ordnungsrufe. Abg. Berthou, gegen den sich Maginot gewendet hat, schickt sich an, auf den Minister loszugehen. Im Saale herrscht großer Tumult. Die Worte sind unverständlich.

Nach Wiederaufnahme der unterbrochenen Sitzung greift abermals Unruhe um sich. Ueber den Kommunisten Vafont, der trotz Ermahnung des Vorsitzenden weiterspricht, wird die Zensur verhängt, d. h. daß seine Rede im Protokoll geschrieben wird. Poincaré fährt hierauf in seinen Erklärungen fort. Er erklärt bezüglich der Außenpolitik, daß die Regierung der abgegebenen Erklärung treu bleiben werde, daß das Ruhrgebiet nur gemäß den einkaufenden Zahlungen geräumt werden wird.

und Glaubenssätze entsprang, darüber entschied nur die erleuchtete Weisheit der Moskauer Parteipäpste und ihres unmittelbaren Kreises. Die Massen des Proletariats hatten keine andere Funktion, als die Kosten der Irretümer ihrer unerschließbaren Parteispitzen zu bezahlen und die Opfer dafür zu tragen, die allerdings ungeheuerliche sind. Um die Sozialdemokratie vor der Arbeiterchaft zu kompromittieren, höhnten die Kommunisten über die „sozialdemokratischen Parteibonzen“, doch es hat etwa seit der Zeit der Allmacht der ägyptischen und assyrischen Könige nie ärgere und unduldsamere Bonzen gegeben, als es die bolschewistischen Parteihäuptlinge sind. Die Masse war und ist ihnen Experimentierobjekt, stellte ihnen lebendig die Schachfiguren bei ihrem verantwortungslosen Spiel. Um die Arbeiter den an ihnen verübten Betrug nicht merken zu lassen, wurden sie durch immer neue Parolen künstlich in Erregung gehalten. Parolen, von denen auch nicht eine einzige bis zum Ende durchgehalten und mit Erfolg angewendet wurde.

Die Arbeiter, welche sich der kommunistischen Partei angeschlossen hatten, taten dies in

strafvollziehenden Organ der Moskauer Regierung an Abertausenden verübt wurden, die Gegner der Tyrannei der Diktatur waren, oder auch nur im Verdachte standen, es zu sein. Die Ströme vergossenen Blutes, das zum großen Teile Arbeiterblut war, Blut sozialistischer Brüder, deren einziges Verbrechen war, im bolschewistischen Terror nicht die Erfüllung des Befreiungskampfes des Proletariats erblicken zu wollen, diese Blutströme werden einmal die internationale Arbeiterklasse bestimmen, von den bolschewistischen Machthabern wegen Brudermordes Rechenschaft zu fordern.

Aber fragen wollen wir die Arbeiter, auch die kommunistischen, ob sie sich die Freiheit für die sie jahre- und jahrzehntelang gekämpft haben, so vorgestellt haben, daß die Geißel des bürgerlichen und monarchistischen Despotismus eingetauscht werde für die Geißel der bolschewistischen Diktatur? Ein Beispiel für viele: In letzter Zeit wird in der kommunistischen Presse aller Länder stundenlang darauf hingewiesen, daß der russischen kommunistischen Partei Tausende neuer Mitglieder beitreten, doch mit westlichen Mitteln die Auffälligkeit der russischen Partei betrieben wird, wird wohlweislich verschwiegen. Das geschieht nun so, daß Betriebsversammlungen abgehalten werden, wobei man die Ausgänge geschlossen hält, damit niemand den Betrieb verlassen kann. Als „Zustimmung“ zum Beitritt gilt das Stillstehen, das die Arbeiter nach dem Vortrag, der ihnen gehalten wird, bewahren und bewahren müssen, wenn sie sich nicht den ärgsten Verfolgungen aussetzen wollen. Wer etwa ablehnen wollte, liegt sofort aufs Pflaster, er kann dann bei der herrschenden Krise sehen, wo er bleibt. Aber auch die Freiheit, die der Bolschewismus den kommunistischen Arbeitern der Weststaaten beschert, ist um nichts größer. Welchen Einfluß haben sie auf die Haltung, die Taktik und die Führung ihrer Partei? Sie genießen die Freiheit, über die „sozialpatriotischen Verräter“ schimpfen zu dürfen, im übrigen spielen sie nicht einmal die Rolle von Bagoden, die willenlos mit dem Kopfe nicken, denn sie werden erst gar nicht befragt. Blindgläubig haben sie den jeweiligen Moskauer Katechismus als Richtschnur ihres Denkens und Handelns hinzunehmen. Die Parteipolizei duldet niemand, der gegen den Stachel löst. Eben jetzt wird den kommunistischen Kandidaten für die deutschen Reichstagswahlen auf Moskauer Weisung eine Erklärung vorgelegt, die sie unterschreiben müssen, und in der den künftigen kommunistischen Abgeordneten verboten wird, im Reichstag Arbeiterinteressen in sachlicher Weise wahrzunehmen. Ihre Aufgabe besteht nur darin, den demokratischen Parlamentarismus zu „entlarven“. Der Unterzeichnete muß sich auch verpflichten, alle Beschlüsse der Moskauer Parteizentrale auszuführen. Nicht die Meinung der Abgeordneten und der Fraktion gilt, sondern der Wille Moskaus allein. Das ist ein Maß von Selbstentwürdigung, das für andere als bolschewistisch Gedrillte unerträglich wäre. Was da gefordert wird, ist Sklavengerhorjam, ärger als ihn je der königlich preussische Kaiserhofgeist verlangte.

Die kommunistischen Arbeiter täten gut daran, endlich ernsthaft darüber nachzudenken, welchen Nutzen die kommunistische Partei der Arbeiterbewegung gebracht hat und welche Aussichten sie ihr noch übrig läßt. An Hoffnungen vermag der Kommunismus ihnen nichts mehr zu geben, seit die vorgegaukelte Kata Morgana der ökonomischen und politischen Befreiung des Proletariats durch den Bolschewismus sich in Rauch und Dampf aufgelöst hat. Heute triffen diese Partei nur noch als Maroden im Befreiungskampf des Proletariats ihr Dasein. An der Geißel der Diktatur, welche die Moskauer Gewaltigen nicht über der Bourgeoisie wohl aber über der Arbeiterchaft schwingen, muß diese endlich erkennen, welches Los der Bolschewismus ihr bereiten will. Auch die kommunistischen Arbeiter werden einsehen müssen, daß sie, wollen sie nicht Gemmis des Klassenkampfes des Proletariats bleiben, ihr Play nur in der Sozialdemokratie sein kann!

Die tschechoslowakische Krone.

Während noch vor 14 Tagen die Bevölkerung durch Nachrichten beunruhigt wurde, wonach die internationale Spekulation an die tschechoslowakische Krone in den Bereich ihres Interesses gezogen und einen Angriff auf die Krone versucht hätte, ist in den letzten Tagen ein Steigen des Wertes der Krone an den internationalen Börsen bemerkbar. Am 26. März kosteten in New York 100 tschechoslowakische Kronen 2.00 Dollars, am 2. April jedoch 2.08 Dollars, ebenso zahlte man in Zürich am 26. März für 100 tschechoslowakische Kronen 16.80 Schweizer Franken, am 2. April dagegen 16.95 Franken.

An der Beunruhigung der Bevölkerung vor wenigen Wochen trug zum Teil die Regierung selbst mit Schuld, weil sie die Politik des Bankrottes mit einem undurchdringlichen Schleier umgibt und dadurch allen Verantwortlichen Gelegenheit zur Betätigung bietet. Durch den Mißbrauch seiner Befugnisse aufgegebenen Minister; des französischen Franks waren alle europäischen Währungen unsicher geworden. Industrie und Kaufleute hatten das Vertrauen in alle europäischen Währungen verloren. Dazu kommt noch, daß infolge des engen politischen Verhältnisses zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei auch von einem inneren wirtschaftlichen Zusammenhange zwischen dem Franken und der Krone gesprochen wurde, der aber, schon infolge der verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei nicht besteht.

Um einen Angriff auf die Krone im Auslande hintanzuhalten, hat das Bankamt scharfe Bestimmungen über den Devisenverkehr erlassen. Auf Grund dieser Bestimmungen können nur wenig tschechoslowakische Kronen ins Ausland gelangen, so daß an den ausländischen Börsen keinesfalls große Posten von tschechoslowakischen Kronen angeboten werden können. Die Erhöhung des Bankdiskonts hat überdies dazu geführt, daß das Geld, welches die Spekulation braucht, enorm verteuert wird, was eine Erhöhung der Börsenspekulation im Inlande bedeutet. Freilich hat die Erhöhung des Bankdiskonts, wie wir bereits geschrieben haben, schädliche Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Staates, indem das Geld, welches die Industrie zum Ankauf von Rohstoffen und zur Bezahlung der Arbeitslöhne braucht, verteuert und so die Konjunktur in ihrer Entwicklung gehemmt wird.

Das Steigen des Kronenwertes hängt zweifellos damit zusammen, daß sich die verschärften Devisenbestimmungen des Bankamtes nun mehr auszuwirken beginnen. Es ist fast vollkommen unmöglich, daß ein Ausländer ohne Bewilligung des Bankamtes tschechoslowakische Kronen aus dem Inlande herausbringt, wodurch jedes Angebot von Kronen an den internationalen Börsen unterbunden wird. Außerdem haben die Banken auf Anordnung des Bankamtes die Kredite von Ausländern herabgesetzt, die Ausländer müssen Zahlungen in die Tschechoslowakei leisten, wodurch auf den ausländischen Börsen eine Nachfrage nach tschechoslowakischen Kronen entsteht. Das geringe Angebot an tschechoslowakischen und die große Nachfrage danach auf den ausländischen Börsen bedingt demnach eine Steigerung des Kronenwertes und diese Tendenz wird dadurch verstärkt, daß sich das Bankamt für den Fall, als die Krone in New York sinken sollte, bei den amerikanischen Banken eine Anleihe gesichert hat. Diese Anleihe würde in Dollars begeben und diese Dollars dann im

Falle der Notwendigkeit auf den Markt geworfen werden, um damit tschechoslowakische Kronen zu kaufen. Dadurch würde dann die tschechoslowakische Krone wieder steigen. Ferner ist noch zu beachten, daß seit einigen Tagen die Elbflößfahrt frei geworden ist, daß also eine gewaltige Menge von Exportwaren geliefert werden kann, wodurch fremde Devisen zuströmen. Im letzten Ausweise des Bankamtes ist bereits auch ein Steigen des Devisenwertes zu bemerken.

Welches Interesse hat nun die Arbeiterschaft an den Schwankungen des Kronenwertes in der letzten Zeit? Die Arbeiterschaft hat, unserer Auffassung nach, das Interesse an der Stabilisierung des Kronenwertes. Fällt der Wert der Krone, dann steigen die Preise aller Bedarfsartikel, aber die Löhne steigen nicht im gleichen Maße, so daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesenkt wird. Steigt der Wert der Krone, dann gibt es nicht gleich eine Verbilligung der notwendigen Bedarfswaren, aber die tschechoslowakische Industrie wird auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig gemacht, Krise und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Diese Krise würden die Unternehmer durch einen weiteren Lohnabbau zu überwinden suchen. Für die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei ist es daher am besten, wenn die Krone wertbeständig bleibt. Damit deckt sich die Währungspolitik, die wir im Lande betreiben müssen, mit dem Interesse der Arbeiterklasse der ganzen Welt, die alle Ursache hat, die Konsolidierung und Befestigung aller Währungen herbeizuführen und dadurch Europa aus der Unsicherheit zu befreien, in die es das Chaos der Währungsentwicklung nach dem Kriege gedrückt hat.

Inland.

Aus den Parlamentsausgängen.

Landwirtschaftliche Fragen.

Unter Vorsitz des Abgeordneten Prokupa beschäftigte sich gestern der landwirtschaftliche Ausschuss zunächst mit der Vorlage über die Hebung und den Schutz der Pflanzengucht. Abgeordneter Schamalik erstattete den Bericht des Subkomitees. Bis zum Paragraph 10 ging die Abstimmung glatt vor sich, die Koalition war einig. Beim letzten Absatz des erwähnten Paragraphen ergaben sich jedoch Differenzen. Der Antrag, daß über die Einfuhr von krankheitsverdächtigen Pflanzen das Landwirtschafts- und das Handelsministerium entscheiden sollen, wurde von der Abgeordneten Zemin bekämpft, welche wünschte, daß die Gesamtregierung hierüber entscheide. Die tschechischen Sozialdemokraten schlossen sich diesem Verlangen an. Der Vorsitzende regte sich darüber auf, daß die agrarischen Anträge Widerstand finden und dem Landwirtschaftsministerium Mißtrauen entgegen gebracht werde. Mehnlich sprach Abgeordneter Schamalik. Genosse Hadenberg erwiderte, daß man sich darüber gar nicht wundern dürfe und erwähnte, daß bezüglich der Sozialversicherung von den Agrariern die Mitentscheidung des Landwirtschaftsministeriums verlangt werde. Es sei unstatthaft, daß der Vorsitzende in die Debatte eingreife, ohne seine Funktion dem Stellvertreter zu übertragen. Auf Antrag des Abgeordneten Macha wurde die Verhandlung über diesen Punkt abgebrochen. Die Abgeordneten Genossen Schweighart und Leibl stellten zu der Vorlage den Resolutionsantrag, die Regierung aufzufordern, unbemittelte Personen und Gemeinden bei der Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten in materieller Weise unterstützend zu unterstützen. Abg. Macha erstattete sodann den Bericht des Subkomitees, betreffend die Entschädigung infolge Hagel-

schlages. Ein genehmigter Resolutionsantrag geht dahin, daß aus dem im Budget vorgesehenen Betrage von 50 Millionen Kronen mindestens 5 Millionen Kronen in erster Linie für jene Gemeinden und Bezirke flüssig zu machen sind, die im Vorjahr nichts erhalten haben. Die Unterstützung bezieht sich auch auf Hochwasserschäden. Weiters werden Steuerabfertigungen und Frachtermäßigungen beantragt. Die Unterstützung soll aber nur in den dringendsten Fällen ausgezahlt werden. Abg. Gen. Leibl plädierte gegen die eventuelle Absicht, nur bestimmte Parteien zu berücksichtigen. Zum Schluß wurde der Bericht der Abg. Zemin über die Zuckerverordnung genehmigt.

Der Immunitätsausschuss

hielt gestern ebenfalls eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Abg. Tomaneč, Juriga, Švoblik, Tausil, Lehnert, Kojla, Švoblik, Aubis nicht anzuliefern. Abg. Bierhut referierte über das Begehren um Auslieferung des Abg. Kalina, der erklärt hatte, daß im tschechischen Staat das System des Raubes herrsche. Es wurde beschlossen, Kalina nicht anzuliefern. Abg. Dyl forderte aber, daß an den Bericht angeschlossen werde, daß derartige Ausbrüche verurteilenswert seien. Berichterstatter Bierhut stimmte dem zu.

Beratungen unserer Parlamentarier.

Am Mittwoch, den 2. April traten die Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren zu einer Beratung zusammen, die sich mit dem parlamentarischen Programm der Frühjahrsession beschäftigte und die von der Regierung und den Koalitionsparteien angeführten politischen und sozialpolitischen Vorlagen einer eingehenden Erörterung unterzogen. In diesem Zusammenhang wurde auch der vom Klub ausgearbeitete Entwurf des Inkompabilitätsgesetzes verhandelt und im Hinblick auf den für die nächsten Tage angelegten Regierungsentwurf beschlossen, die Einbringung der Regierungsvorlage abzuwarten und vom Inhalt dieser Vorlage die weitere Entscheidung abhängig zu machen. Anschließend daran wurden die Fragen des Mieterschutzes sowie der Ministerverantwortlichkeit beraten und eine ganze Reihe initiativer Maßnahmen des Klubs in Verhandlung gezogen und verabschiedet. Im übrigen beschäftigte sich der Klub mit mehreren parlamentarisch-technischen und administrativen Fragen.

Bier große Vorlagen.

Die Beratungen der Koalition über die sogenannten „großen“ Vorlagen sind so weit fortgeschritten, daß man bereits beifällig ihren Inhalt anführen kann.

Die Forderung des Preßgesetzes

ist in der Preßkassa bereits fertige Sache. Die Ehrenabschreibungen werden den Geschworenen entzogen und Berufsnoten zugeteilt. Es soll nicht nur der verantwortliche Redakteur, sondern auch der Urheber irgend einer ehrenrührigen Beschuldigung zur Verantwortung gezogen werden. Auch die Verantwortung des Herausgebers und der Druckerei wird neu umschrieben. Zweifelsfrei ist es noch, ob den Senaten Laienrichter zugezogen werden sollen, wie dies die beiden tschechischen sozialistischen Parteien fordern. Die Regierung hat bekanntlich den tschechischen Journalisten versprochen, daß sie an dem Gesetz mitarbeiten werden dürfen. Davon fehlt nun jede Spur, die ganze Mitarbeit der

Journalistik an der Forderung des Preßgesetzes bestand darin, daß den Chefredakteuren der fünf Prager Reaktionsorgane der ursprüngliche Text der Vorlage, der aber seitdem wieder geändert wurde, — gezeigt wurde.

Die Einschränkung der Abgeordnetenimmunität.

Diese Vorlage verlängert die Verjährungsfrist der Immunitätsfälle automatisch auch im Falle des Sessioneschlusses und stellt neue Normen für die Praxis bei der Auslieferung der Abgeordneten an die Gerichte auf.

Die Inkompabilitätsvorlage

Die dritte große politische Vorlage, soll gewisse Grundsätze der Inkompabilität in möglichst breiten Rahmen aufzählen. Eine besondere Körperschaft, die in jedem speziellen Falle über die Frage der Inkompabilität entscheiden sollte, wird nicht festgesetzt. Es wird so vorgegangen werden, daß auf Anträge eines gewissen Falles der Inkompabilität das Präsidium des Abgeordnetenhauses oder des Senates darüber entscheiden wird, ob ein Fall der Inkompabilität vorliegt oder nicht. Im bejahenden Falle weist das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Sache an einen besonderen Ausschuss, der endgültig entscheidet.

Gemeindevahlergebnisse. In Güntersdorf bei Königshof a. E., wo bisher eine Verwaltungskommission bestand, fanden am Sonntag die Gemeindevahlen statt. Es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten vier Mandate, Kommunisten ein Mandat, Christlichsoziale neun Mandate und die gemeinsame Liste des Landbundes, der Gewerkepartei und der Deutschnationalen vier Mandate. — Bei den am Sonntag in Stefanau bei Olmütz durchgeführten Gemeindevahlen wurden gewählt: tschechische Sozialdemokraten elf mit 516 Stimmen, deutsche Sozialdemokraten vier mit 196 Stimmen, tschech. Agrarier sechs mit 206 Stimmen, tschech. Volkspartei vier mit 206 Stimmen, tschech. Gewerkepartei vier mit 218 Stimmen, Häusler und Kleinbauern einer mit 67 Stimmen. In dem bisherigen Gemeindevahlergebnisse hatten die Deutschen zwei Mandate. In der letzten Wahl wurde von den deutschen Arbeitern und Beamten des Ortes nur eine sozialdemokratische Liste aufgestellt, die nun vier Mandate erringen konnte.

Die Stupčtina gegen Ba. c.

Anerkennung sämtlicher Kroaten-Mandate. Belgrad, 2. April. Der Verfassungsausschuss der Stupčtina verifizierte in seiner heutigen Sitzung die restlichen 26 Mandaten der kroatischen Bauernpartei, u. zw. 19 Mandate einstimmig und 7 Mandate mit 11 Stimmen der Opposition gegen 10 Stimmen der Regierungspartei. Der der Regierungspartei angehörende Abg. Kosta Petrovič, der bereits gestern für die Verifizierung eingetreten war, stimmte auf der Seite der Oppositionspartei.

Man erwartet, daß die Stupčtina noch in Laufe dieser Woche zur Genehmigung der Verifizierung zusammenzutreten wird. In parlamentarischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß nach Verifizierung der kroatischen Abgeordnetenmandate durch das Plenum der Stupčtina das Kabinett Pašić-Brčićević seine Demission geben wird, um dem Könige die Entscheidung zu überlassen, ob ein Arbeitskabinett unter Jovanović gebildet, oder Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen.

Konrad Deubler, der Bauernphilosoph.

Vertraum' die Zeit, verlerne das Denken! Und mache stets ein Schaffsgesicht. Von dich von jedem Schen lenken Und stöck' er dich — so machst nicht!

(Deubler im Gefängnis.)
Am 31. März 1884 starb in Gaisern bei Nöhl ein einfacher Bauer, und doch gaben alle großen Zeitungen Nachrichten von diesem Ableben. Der einfache Bauer, dessen Leben hier seinen Abschluß gefunden hatte, war Konrad Deubler, Sohn eines armen Bergknappen, der später Müller, dann Gastwirt, dann Sträfling, zum Schluß Bauer wurde und sich den Namen „Philosophischer Bauer“ erwarb. Deubler war vom gläubigen Knaben zum freigeistigen Manne geworden.

Deubler las und lernte, forschte und dachte sein ganzes Leben lang. Unter seinen Freunden, mit denen er eifrig korrespondierte, befanden sich viele gelehrte Forscher, berühmte Dichter und Schriftsteller. Am stärksten erfüllte ihn die Freundschaft Ludwig Feuerbachs, dessen Lebensanschauung Deubler zu seiner eigenen machte. Als Knabe las er mit Leidenschaft Reisebücher und geographische Werke. Mit 15 Jahren beginnt er Werte über den gestirnten Himmel zu lesen, dann folgen Bücher über den Bau und die Geschichte der Erde, über Tier- und Pflanzenwelt. Bald regt sich ein starker Wandertrieb in ihm und er unternimmt Reisen nach Wien, Triest und Venedig. Mit 30 Jahren liest Deubler die Befreiungskämpfe aller großen geschichtlichen Nationen. Die 1848er Revolution muß Deubler stark interessiert haben, in seinem Nachlass befanden sich 44 Flugblätter aus dieser Zeit. Im Jahre 1849 übernahm Deubler ein Gasthaus, das bald zum Mittelpunkt des geistigen Lebens des Trautstales wurde. Dies

wurde aber auch zu seinem Verhängnis. Saphir, der bekannte literarische Stoffhändler und Sumorist, der mit den Hofkreisen Fühlung hatte, besuchte im Jahre 1850, als er in Nöhl zur Kur weilte, das Deublersche Gasthaus. Deubler zeigte ihm seine Bibliothek und verschiedene Briefe. Saphir berichtete dann in seiner Zeitschrift über seinen Besuch und dieses Feuilleton führte zur geheimen Ueberwachung des gebildeten, aufgestellten Bauern. Erzherzogin Sophie, die Mutter des Kaisers, besuchte das Deublersche Haus und ließ sich den Bücherschrank zeigen. Bei Shakespeares Werken rief sie erstaunt: „Hat der Kerl sogar solche Bücher!“ Und zu Deublers Frau sagte die Erzherzogin: „Gibt Sie auch in die Kirche und betet für Ihren Kaiser?“ Ende Mai 1853 wurde Deubler an einem Samstag um Mitternacht von Polizeibeamten „im Namen des Gesetzes“ verhaftet und nach Nöhl abgeführt. Von Nöhl ging es dann nach Linz und später nach Graz. Gegen Deubler wurde eine Anklage wegen Hochverrat und Religionsstörung erhoben. In der Anklageschrift heißt es unter anderem wörtlich:

„In dem an den Grenzen Ober-Steiermarks und Ober-Oesterreichs liegenden Salzammergut ist schon lange vor dem Jahre 1848 durch vom Auslande eingeschmuggelte Bücher bei den Arbeitern die Lust zum Lesen, zu Zusammenkünften und Lesevereinen geweckt und dadurch der Hang zu pietistischen Schwärmereien und Sektiererei unter den Arbeitern erzeugt worden. Auch tauchten Wünsche zu Reformen hinsichtlich der Erziehung im Staatshaushalt zur Erzielung politischer Freiheit und zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auf.“
Nach hergestellter Ruhe 1849 wurde von der Umsturzpartei durch Verbreitung irreligiöser und staatsgefährlicher Bücher und Zeitungen demokratischen Inhaltes, durch Anpreisung der republikanischen Re-

nerung Nordamerikas durch Verhöhnung aller positiven Dogmen der christlichen Religion und ihrer Kultur das Volk in Irreue und Glauben zu erschüttern angestrebt.

Die Wirkungen dieser Bestrebungen zeigten sich bald in einer Laueheit des Besuches des Gottesdienstes, in Bekritteln der Predigten, in Verhöhnung der Religionsgebäude, in Unzufriedenheit bei der Arbeit, und in der Lust zur Auswanderung nach Nordamerika.

Nach dem Leumundzeugnisse des Warrantes und des Postamtes von Gaisern ist Konrad Deubler frivol und ultraradikal gesinnt und sein Haus der Versammlungsort der Unzufriedenen.

Nach Angabe des Zeugen F. B. habe Deubler öfters unaufgefordert die nordamerikanische Verfassung gelobt.

Der Gendarm Korporal Kohl bestätigt, im Winter 1852—1853 das Fenster im oberen Stockwerk des Deubler oft spät in der Nacht beleuchtet gesehen zu haben.

Die bei Deubler gefundenen Bücher sind stark abgenutzt, was auf deren häufigen Gebrauch durch Ausleihen schließen läßt. Konrad Deubler hat durch Bildung von Lesekreisen, die er mit Erzeugnissen der Schandpresse versorgte, dahin gewirkt, die Bergarbeiter in Irreue und Glauben zu erschüttern und für irreligiöse sowie für sozialdemokratische Doktrinen empfänglich zu machen. An Sonntagen hielt er statt des Gottesdienstes Vorlesungen über den Deutschtholizismus.

Nach Angabe des Zeugen P. W. habe Deubler zu wiederholten Malen behauptet, daß es seinen Gott gebe, Christus sei nur ein gewöhnlicher Mensch gewesen und sei nicht vom Tode auferstanden.

Neben Deubler wurden noch weitere 11 Personen verhaftet und angeklagt. Der Angeklagte Katharine Steindreher wurde zur Last

gelegt, daß sie gesagt habe, die Staatsschulden seien zu groß und die Steuern werden immer höher. Dem Angeklagten Franz Bahner wurde vorgeworfen, daß er seine republikanischen Tendenzen auch durch eine auffallende Tracht (Leberhosen und Holzschuh) zur Schau getragen habe.

Als das Grazer Gericht Deubler freisprach, erhob der Staatsanwalt Beschwerde und der Kassationshof in Wien verurteilte Deubler dann zu zwei Jahren schweren Kerkers im Zuchthaus in Brünn. Nach Verbüßung dieser Haft wurde Deubler in Olmütz interniert und erst am 24. März 1857 in die Heimat entlassen. Deubler hatte somit vier Jahre in der Gefangenschaft zugebracht.

Noch im späten Alter wanderte Deubler noch gern in die Welt hinaus, um einen Freund zu besuchen. Die letzte Reise war im September 1883 zu Professor Dodel nach Zürich.

Der Hof der Merikalen verfolgte Deubler noch über das Grab hinaus, sie gestatteten nicht, daß Deublers eigenhändige Grabchrift auf dem Friedhof prange, eine Grabchrift, die den Glauben an eine persönliche Fortdauer nach dem Tode ablehnte.

Für ihn gelten die Worte von Fr. Th. Scherer:

„... Seelen, die das Leben aushalten und Mitleid üben und menschlich walten, Mit vereinten Waffen Wirken und Schaffen Trost, Hohn und Spott, Da ist Gott.“

Genosse Ferdinand Hanusch hat Deubler im „Der Bauernphilosoph“ ein Denkmal gesetzt. Mögen recht viele Menschen im Geiste des schlichten Bauern aus Oberösterreich handeln und seine Wege wandeln.

Der Unionstag der Bergarbeiter.

Sozialpolitische Gesetzgebung im Bergbau.

Zepf-Schönou, 2. April (Eigenberian).

Zu Beginn der Verhandlungen des dritten Verhandlungstages hielt Gen. Abg. Dr. Hans-Oskar einen Vortrag über die sozialpolitische Gesetzgebung im Bergbau. Die Sozialpolitik im engeren Sinne ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen den Eigentümern der Arbeitskraft und den Eigentümern der Produktionsmittel. Dazu kommt noch das Gebiet der Versicherung für jene Fälle, welche bedingt sind durch die Tatsache, daß die Arbeiter nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben.

Die Regelung des Arbeitsverhältnisses ist bedingt durch Gesetze für alle Arbeitssphären und besondere Bestimmungen für die Bergarbeiter. Theoretisch frägt sich die Regelung des Arbeitsverhältnisses nach auf das allgemeine Berggesetz, das allerdings nur im allgemeinen Rißfeldern spricht. Durch die Dienstordnungen konnte allerdings manche Verbesserung erreicht werden. So wurden im alten Österreich die Kollektivverträge als Anhang zur Dienstordnung publiziert. Jeder Kollektivvertrag ist ja nur die Vorstufe zur gesetzlichen Fixierung der Erzeugnisse. Solange ein Zustand der Unternehmung nicht gesetzlich festgelegt ist, kann von einem Friedensschluß nicht gesprochen werden, da jederzeit das Erzeugnis geändert werden kann. Ein deutsches Beispiel liefert der § 202 des Berggesetzes. Dort wird von der „Entlassung“ im schärfsten Sinne des Wortes gesprochen. Das ist perfid, gemein und kann nicht scharf genug verurteilt werden. Diese gesetzliche Bestimmung muß zunächst bekämpft und in Einklang mit den geltenden Vereinbarungen der Organisation gebracht werden. Durch ein Jonglieren mit diesem Paragraphen werden nämlich die Betriebsräte bei den Entlassungen ausgeschaltet.

Außerdem müssen noch angestrebt werden: Reine Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Krankheit während der Dauer der Krankenunterstützungsgewährung durch die Bruderrade, Verabsichtigung der verabschiedeten Provisionisten bei Neuaufnahmen in erster Reihe, Unauflöslichkeit des Arbeitsverhältnisses während des Militärdienstes und bei drohenden Einrückungen, Abfertigungen bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch die Arbeitgeber, Verbesserung der Urlaubsbestimmungen, genauere Fassung der Arbeitszeitbestimmungen, die gesetzliche 46-Stundenwoche, gesetzliche Festlegung des Begriffs „Kollektivvertrag“ und dessen Unabhängigkeit, Sicherung eines Mindestlohnes und Unpöndbarkeit des Lohnes.

Die Demokratisierung des Betriebes ist im Bergbau viel größer als in den anderen Branchen. Im Bergbau hat man noch Betriebsräte, in den anderen Branchen nur Betriebsausschüsse. Doch das ist nicht nur ein Unterschied in der Form, sondern auch im Inhalt. Das Betriebsausschüssegesetz war ja nur ein Vorwand zur Verhinderung. Doch noch viel schlimmer ist die Durchführungsverordnung. Sie ist so gemacht, daß man sagen kann, der Mann im Ministerium, der sie verfertigt, ist zwar geistlos, denkt aber gar nicht sozial. Dennoch wurde die Durchführungsverordnung vom Obersten Gerichtshof anerkannt. Es muß also das Gesetz abgeändert werden. Das schönste Gesetz wäre jedoch dem Arbeiter gar nichts, wenn er nicht weiß, wie er seine Ansprüche durchsetzen soll. Es muß daher die Rechtsunsicherheit beseitigt werden. Von aller Vermählung auf gesetzgeberischer Wege gelang es bisher nicht. Die angeführten Forderungen sind so minimal, da sie ja nur den Stand der tatsächlichen Verhältnisse im Bergbau anerkennen wollen. Zu der Durchsetzung dieser Forderungen gehört aber die nötige Macht. Die Voraussetzung für die Macht sind aber die ökonomischen Verhältnisse, die die Basis für die Erregung der Macht darstellen. Dazu gehört aber auch das Bewußtsein, die Erkenntnis und der Wille der Arbeiter, die Macht zu erringen. Das kann nicht ein Arbeiter allein, sondern nur die Gesamtheit, vereinigt in der Organisation, die der Machtfaktor der Bergarbeiter ist. (Vehäfter, langanhaltender Beifall.)

Die Debatte.

Als erster Redner in der anschließenden Debatte führte Wagner-Hulshin an, daß die jüngeren Gesetze noch nicht genügen, da beispielsweise den Delegierten aus Hulschin die Reise zum Unionstag verweigert wurde. Nur auf eigene Gefahr konnten die Delegierten herkommen, doch drohen ihnen nun deshalb Entlassung oder wenigstens Abfertigung vom Urlaub. Die Macht der Arbeiter muß also dem Gesetz nachdruck verliehen. Es sprachen dann noch Koch-Hulshin, Urban-Bulowitz, Tichy-Chotieschan und Bettinger-Oberleutensdorf. Dr. Hans-Oskar beantwortete in seinem Schlußwort einige Anfragen und besprach die gestellten Anträge der Delegierten. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

1. Das Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter erfordert dringendst eine durchgreifende gesetzliche Reform, für welche die nachstehenden Grundforderungen aufgestellt werden: Festlegung eines Mindestlohn der Lebenshaltung im Einklang stehenden Mindestlohnes, Verbot der Auflösung des Arbeitsverhältnisses während der Dauer der Krankenunterstützung nach dem Krankenversicherungsgesetz, Verbot der Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Einrückung zum Militärdienst oder Erfüllung öffentlicher Funktionen, gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber, bei Neuaufnahmen von Arbeitern in erster Reihe re-

aktierte Provisionisten aufzunehmen, Festlegung von nach der Beschäftigungsdauer im Bergbau abgestuften Abfertigungen bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber, gesetzliche ausdrückliche Festlegung der Erwerbsfreiheit des Geding- und Schichtlohnnes.

2. Das Gesetz über die Bergarbeiterurlaube ist in der Weise zu reformieren, daß die in der Praxis sich ergebenden Möglichkeiten einer Umgestaltung beiseite gelassen werden.

3. Die 46-Stundenwoche ist gesetzlich einzuführen und das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit dahin klarzustellen, daß die ganze untertags verbrachte Zeit in die Arbeitszeit eingerechnet ist.

4. Das längst fällige und von der Regierung wiederholt zugesagte Gesetz über den Kollektivvertrag ist ohne Verzögerung den gesetzgebenden Körperschaften zur Behandlung vorzulegen.

5. Die Bestimmungen der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Betriebs- und Revierräte, welche deren Kompetenz einschränken sind, zurückzuziehen und ist das Gesetz in der Richtung der Schaffung einer vollen Betriebsdemokratie auszubauen.

6. Die Regierung wird aufgefordert, die Reform des Gesetzes über die Verbandsgerichtsbarkeit im Sinne des Antrages der kooperierten Bergarbeiterverbände sofort der parlamentarischen Behandlung zuzuführen.

Alle damit zusammenhängenden Anträge waren damit erledigt. Angenommen wurde noch ein Antrag, der verlangt, daß die Revierräte Pilsen und Budweis zum Revierrat vereinigt werden.

Stand der Bergarbeiterversicherung.

Gen. Senator Jarolim besprach sodann die Versicherung der Bergarbeiter. Er führte aus, daß die Bergarbeiter stets eine bessere Versicherung hatten als die übrige Industriearbeiterschaft. Dennoch verlangen die kooperierten Verbände die Einbeziehung der Bergarbeiter in die Sozialversicherung, allerdings unter Wahrung der Rechte der Bergarbeiter. Infolge der minimalen Leistungen nach der Sozialversicherungsvorlage müßten die Verbände die selbständigen Bergarbeiter zu erhalten tradieren und deren Verbesserung anstreben.

Daneben müßte die Erhöhung der Bruderradenleistungen verlangt werden. Die Betriebsversicherung hat neue Aufgaben. Es müßte für die Entlassenen vorgesorgt werden, doch muß leider gesagt werden, daß die Anstrengungen den Erfolgen nicht entsprechen. Es wurden aber die gewährten Vorteile nicht einmal genügend ausgenutzt. Die geringsten Anerkennungsgelder sprechen eine traurige Sprache. Vertrieben ist, daß im nordwestböhmischen Revier Bergarbeiter mit mehr als 20 Jahren Bruderradenbeiträgen ihre erworbenen Rechte nicht wahrten. Das neue Bruderradengesetz wurde oftmals urgiert, so daß die Regierung schließlich einen Entwurf machte, der sehr reformbedürftig war. Gegen das Ausschneiden der Bergarbeiter aus der allgemeinen Krankenversicherung wurde schärfstens Einspruch erhoben. Die kooperierten Verbände haben natürlich nicht verheimlicht, zu dem Voreinwurf der Regierung Abänderungsanträge zu stellen. Die Regierung berücksichtigte zwar einige Anregungen der Verbände, wollte aber nur für jedes Land eine einzige Bruderrade schaffen. Das geschah natürlich nur aus nationalen Gründen. Die Verbände waren dafür natürlich nicht zu haben. Durch die Einbringung der Sozialversicherungsverträge wurden neue Schwierigkeiten geschaffen. Es müßten die Rechte der Bergarbeiter bei den materiellen Leistungen gewahrt werden. Es gelang schließlich auch, das Bruderradengesetz durchzubringen, wenn auch wenig von der Forderung der Regierung übrig blieb. Bis heute wurde allerdings das Gesetz noch nicht in Geltung gesetzt, da die vielen kleinen Bruderraden noch nicht unter einen Hut gebracht werden konnten.

Die Unternehmer bereiten selbstverständlich der Schaffung der Revierbruderraden mannigfaltige Hindernisse, da sie wissen, daß die Sozialversicherung geringe Leistungen bietet. Die Unternehmer wollen also die Bergarbeiter schädigen. Ausführlich besprach dann Redner die Unterschiede zwischen der Bruderrade und der Sozialversicherung. Durchwegs sind die Leistungen der Bruderrade größer als die der Sozialversicherung. Die Verwaltung der Bruderraden liegt zum größten Teil in den Händen der Arbeiter, während bei der Sozialversicherung der Einfluß der Arbeiter beschränkt ist.

Sodann forderte Redner die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes durch Bemessung des Verdienstes nach dem tatsächlichen Tagesverdienst. Die Unternehmer wollen jedoch die Versicherung verschlechtern. Es zeigt sich eben auch hier, daß der reaktionäre Zug unverleugbar ist. Alle Forderungen sind in folgender Resolution, deren Annahme empfohlen wurde, niedergelegt:

Der VII. Unionstag bestätigt sämtliche vom Landesvorstand unternommenen Schritte hinsichtlich der Ausgestaltung und Verbesserung der Versicherung der Bergarbeiter. Vor allem stellt der Unionstag fest, daß die kooperierten Bergarbeiterverbände bezüglich der Eingliederung der Bergarbeiter in die Sozialversicherung alles getan haben, was unter Wahrung der Versicherungsverhältnisse der Bergarbeiter getan werden konnte.

Noch bevor die Regierung ihre Vorlage über die Sozialversicherung im Abgeordnetenhaus einbrachte, haben die kooperierten Bergarbeiterverbände

am 2. Mai 1922 nochmals erklärt, daß die Bergarbeiter der Eingliederung der Bruderraden in die Sozialversicherung unter der Voraussetzung zustimmen, wenn dadurch ihre Erwerbschancen auf dem Gebiete der Versicherung nicht beeinträchtigt werden.

Die Bergarbeiter hoffen, durch diesen Beschluß beizutragen, daß die allgemeine Sozialversicherung wenigstens jene Rechte, die den Bergarbeitern das Gesetz vom 11. Juli 1922, Zlg. Nr. 212, in materieller und ideeller Beziehung festsetzt, gewährt. Gegenüber dieser Erwartung bringt die in der parlamentarischen Verhandlung stehende Regierungsvorlage eine große Enttäuschung, da die Leistungen der Sozialversicherung hinter der Leistung nach dem Bruderradengesetz vom 11. Juli 1922 zurückbleiben.

Der VII. Unionstag bestätigt daher den Beschluß der kooperierten Bergarbeiterverbände vom 5. Februar 1924, in dem festgestellt wird, daß es unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist, die Bergarbeiterversicherung in die allgemeine Sozialversicherung einzugliedern und daß daher die berufsgenossenschaftliche Versicherung der Bergarbeiter anstandslos erhalten bleiben muß.

In Übereinstimmung mit dem Beschlusse der kooperierten Bergarbeiterverbände vom 5. Februar 1924 hält jedoch der Unionstag an der Forderung fest, daß das gegenseitige Verhältnis zwischen der Bruderradenversicherung und der allgemeinen Sozialversicherung derart geregelt wird, daß die Gleichberechtigung bei den Versicherungsinstitutionen gewahrt, die besonderen Erwerbschancen der Bergarbeiter und die volle Freizügigkeit gesichert und den Bruderradenmitgliedern unter den gleichen Bedingungen wie den Rentnern, nach dem Gesetze über die Sozialversicherung der Staatszuschuß gewährt wird. Aus der Regierungsvorlage über die Sozialversicherung sind alle Bestimmungen zu entfernen, welche die angeführte Regelung des Verhältnisses zwischen der Bruderradenversicherung und der allgemeinen Sozialversicherung hindern könnten.

Schließlich fordert der VII. Unionstag:

1. Die vollständige Inzuffizienz des Gesetzes vom 11. Juli 1922, Zlg. Nr. 212, über die Bruderraden, damit vom 1. Juli 1924 an die Provisionen auf Grund des vorerwähnten Gesetzes ausbezahlt werden können.

2. Die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes in Bezug auf die Feststellung des Verdienstes zum Zwecke der Bemessung des täglichen Krankengeldes derart, daß bei der Einleitung in die verschiedenen der wirklich erzielte tägliche Verdienst maßgebend ist.

3. Durchführung der Wahlen in den Vorstand der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalten und der Mitglieder des Revisionsrates, der Schiedsgerichte, der erwähnten Anstalten.

In der Debatte sprach Zettina über die Höhe des sich mit den finanziellen Verhältnissen der Bruderraden befaßte. Nach dem Zehlfünftigen des Gen. Jarolim wurde die Resolution einstimmig angenommen, wodurch die übrigen Anträge in dieser Angelegenheit erledigt waren.

Husemann Deutschland, der morgen im preussischen Landtag an wichtigen Abstimmungen teilnehmen muß, richtete an den Unionstag einige Abschiedsworte, wobei er der innigen Zusammenarbeit seines Verbandes mit der Union gedachte. Lobend hob er die bei den Verhandlungen zutage getretene innere Geschlossenheit der Union hervor, und lud zum Besuch des deutschen Verbandstages ein. Nachdem der Vorsitzende den Dank des Unionstages ausgesprochen hatte, wurden die Beratungen unterbrochen. Nachmittags begaben sich die Delegierten zur Besichtigung des Bergarbeiterhauses nach Brüx. Morgen werden die Beratungen des Unionstages fortgesetzt.

Durch ein Versehen wurde gestern die Resolution über das Verhältnis zu den übrigen Bergarbeiterorganisationen und zur Internationalen nur unvollständig wiedergegeben. Wir tragen deshalb den fehlenden Teil nach. Er lautet:

In Befolgung obiger Grundzüge bestätigt der Unionstag die vom Landesvorstand am 27. April 1921 ausgesprochenen und von allen Bezirks- und Revierkonferenzen am 5. und 12. Juni 1921 beschlossenen Richtlinien gegen die kommunistischen Wahlmethoden innerhalb der Bergarbeiterunion. Der Unionstag erweitert diese Richtlinien durch die Bestimmung, daß die Teilnahme von Unionsmitgliedern, Funktionären und Angestellten an Sitzungen, Konferenzen und sonstigen Tagungen, welche von einer der Bergarbeiterkoalition, der eigenen Gewerkschaftskommission oder der Bergarbeiter-Internationale nicht anerkennenden Bergarbeiter oder sonstigen Gewerkschaftsorganisation, unter welchem Decknamen immer, veranstaltet werden, eine Handlung verhält, die gegen den Zweck der Union verstößt. Die so erweiterten Richtlinien finden analoge Anwendung gegenüber allen, von welcher Seite immer unternommenen Spaltungsversuchen innerhalb der Bergarbeiterorganisation.

Der Unionstag verurteilt die leider nicht ergebnislos gebliebenen Bemühungen, die zur Spaltung der Bergarbeiterorganisationen entweder aus parteipolitischen, nationalen oder konfessionellen Gründen unternommen wurden und konstatiert, daß besonders verurteilt durch die jahrelangen Wahlmethoden der Kommunisten gegen die Bergarbeiterkoalition schon eine größere Anzahl von Bergarbeitern dem Indifferentismus verfallen sind. Dies bedeutet eine große Gefahr für die Lebensinteressen der ganzen Bergarbeiterchaft. Sie zu erkennen und beseitigen, ist Aufgabe aller Bergarbeiter.

Der Unionstag wendet sich daher an sie mit der Aufforderung, den Rückfall in den Indifferentismus zu verhindern. Das einzige Mittel dazu ist der Ausbau und Festigung unserer Bergarbeiterorganisation im Rahmen der Koalition.

Das neue Baubewegungsgesetz.

Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Ziedlungsfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik macht auf das neue, eben erlassene Baubewegungsgesetz vom 7. März 1924, Zlg. Nr. 58 aufmerksam.

a) Nach diesem Gesetze kann eine staatliche Bauförderung bewilligt werden:

1. für im Jahre 1923 begonnene unterstellte Wohnungsbauten, wenn sie bis Ende 1923 nicht bis zum Fußboden des Erdgeschosses (nichtunterstellte nicht bis zum Fußboden des ersten Stockwerkes) gebracht worden sind, vorausgesetzt, daß das Gesuch um staatliche Bauförderung bis 30. Juni 1923 eingebracht, außer es handelt sich um Bauten in den im Paragraph 15 der Durchführungsverordnung, Zlg. Nr. 160 vom Jahre 1923, angeführten, sogenannten „privilegierten“ Gemeinden. Der Bau muß im Jahre 1924 gehörig ununterbrochen fortgesetzt und bis Ende 1924 beendet werden.

2. nur in besonders verdrängungswürdigen Fällen für Wohnungsbauten in nicht privilegierten Gemeinden, wenn die Bauten im Jahre 1923 begonnen worden sind, bis zum 30. Juni 1923 aber kein Gesuch um staatliche Bauförderung eingebracht worden ist.

3. für im Jahre 1924 begonnene oder geplante Wohnungsbauten, aber nur dann, wenn für sie im Jahre 1923 bereits eine staatliche Bauförderung erteilt oder doch ein Gesuch um staatliche Bauförderung rechtzeitig (d. i. bis 30. Juni 1923, in privilegierten Gemeinden bis 31. Dezember 1923) eingebracht worden ist, wenn diese Bauten bis 30. April 1924 begonnen und bis Ende 1924 beendet werden.

4. für im Jahre 1924 begonnene oder geplante Wohnungsbauten im öffentlichen Interesse (d. i. solche, die aus Anlaß der Errichtung neuer Kaserne, Garnisonen u. dgl. notwendig werden) und für die Wiederherstellung von Wohngebäuden, die durch Elementarereignis vernichtet oder beschädigt worden sind, wenn diese Bauten bis 30. Juni 1924 begonnen werden.

b) Das Ausmaß der staatlichen Bauförderung wurde beträchtlich herabgesetzt, und zwar 1. die Erteilung staatlicher Vorkasse bei gleichzeitiger Verzinsung und Amortisation der 2. Hypothek durch den Staat auf 35-55 Prozent des anerkannten Bauaufwandes; 2. der Staatsbeitrag zur Verzinsung und Amortisation des Bauaufwandes durch 25 Jahre auf jährlich 1,5-2,5 Prozent des Bauaufwandes. Die Bestimmungen des vorjährigen Baubewegungsgesetzes vom 25. Januar 1923 Zlg. Nr. 35, über Entzinsung von Grund zu Wohnungsbauten, Wohnschiedsgerichte, Sanierungsleistungen (8. Hauptstück), sowie die übrigen Bestimmungen des 6. Hauptstückes über staatliche Bauförderung, wurden bis zur Erteilung eines neuen Baubewegungsgesetzes, längstens aber bis 31. Dezember 1924 verlängert. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1920, Zlg. Nr. 209 betr. vorübergehende Steuerbegünstigungen für Bauten, werden auf Bauten ausgedehnt, die bis längstens Ende 1925 vollendete Kleinwohnungs-häuser mit mehr als 25 jährige vollkommene Befreiung von der Haussteuer- und Hauszinssteuer genießen. Im übrigen bleiben die geltenden Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der Begünstigungen aus Anlaß eines Baues weiter in Kraft.

c) Hervorzuheben ist, daß zu Adaptierungen von Häusern zu Wohnzwecken keine staatliche Bauförderung mehr erteilt wird. Das Gesetz nebst Kommentar von Zektionschef Dr. H. Kubitschka erscheint demnächst im „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“.

Der nach den angeführten Bestimmungen des neuen Gesetzes um Erteilung staatlicher Bauförderung ausfinden will, wird auf die erwähnten Briefen (30. April 1924 und 30. Juni 1924) besonders aufmerksam gemacht.

Telegramme. Die Prämie auf den Hochverrat. Eine bürgerliche Stimme über das Münchner Schandurteil.

München, 2. April. Die offizielle Presse der katholischen Regierungspartei wendet sich auf das schärfste gegen die Urteile im Münchner Hochverratsprozeß. So schreibt der „Bayrische Kurier“, das Zentralorgan der katholischen Volkspartei, daß die Begründung des Urteils insbesondere im Falle L u. d. r. auf willkürlichen juristischen Konstruktionen beruhe. Das Gericht sei zu einer vollständigen Agitationsversammlung geworden. Die wichtigsten Grundfragen des Hochverrats der Katholiken, ihre Weltanschauung, die außenpolitischen Zusammenhänge und der Versuch einer Begnadigungspressung vor Beginn des Prozesses, seien gar nicht zur Behandlung gekommen. Die Art und Weise, wie das Gericht Hitler und Genossen Verwahrungsfreit zugesprochen hat, bedeute eine Prämie auf Hochverrat, der unter solchen Umständen gar nicht anschieben wird. Die Ausweisung Hitlers und die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die übrigen Angeklagten ist eine juristische Notwendigkeit gewesen. Der Ausgang des Prozesses bedeute die schwerste Belastung der bayrischen Justiz und die Regierung hat nun die Aufgabe, den dadurch entstandenen Schaden nach Möglichkeit wieder gutzumachen. Ein Angeklagter ist sogar mit dem Abziehen einer vom Staate verbottenen geheimen Organisation vor dem Gerichte erschienen. Das Urteil gegen Hitler und Genossen ist ein offenkundiges Fehlurteil.

„Strafantritt“ der „Verurteilten“.

München, 2. April. (Eigenbericht.) Die im Süderprozeß verurteilten Haupttäter Sittler, Weber und Kriebel sind bereits zur Verbüßung ihrer Haftstrafe nach der Festung Landsberg transportiert worden.

Deutsches und bayerisches Zentrum gegeneinander.

Berlin, 2. April. (Eigenbericht.) Nachdem der von der deutschen Zentrumspartei unternommene Versuch, mit der bayerischen Volkspartei zu einem Einbernehmen für die Reichstagswahlen zu kommen, gescheitert ist, hat die Reichsleitung des Zentrums nach einer Mitteilung der „Germania“ heute beschlossen, in allen bayerischen Wahlkreisen für die Reichstagswahlen eigene Zentrumskandidaten aufzustellen.

Die Reichsregierung führt das nationalistische Gefindel an.

Berlin, 2. April. (Eigenbericht.) Heute morgens fanden auf dem Anhalter Bahnhof anlässlich der Ueberführung der Leiche des in französischer Gefangenschaft verstorbenen Reichsangehörigen Decker größere Demonstrationen statt. Die Reichsregierung beteiligte sich bei der Antunft der Leiche auf dem Anhalter Bahnhof durch den Reichsinnenminister Jares demonstrativ an der Feierlichkeit.

Um der Verdrängung ihren rein nationalistischen Anstreich zu nehmen, beteiligte sich auch das Reichsbanner Schwarz-rot-gold, das zum Teil aus sozialdemokratischen Arbeitern besteht, an den Feierlichkeiten. Das hatte zur Folge, daß es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Republikanern und Nationalsozialisten kam.

Abbruch der russisch-rumänischen Verhandlungen.

Wien, 2. April. (R.B.) In der heutigen Sitzung der russisch-rumänischen Konferenz gab der Chef der Sowjetdelegation namens der russischen Delegation eine längere Erklärung ab, worin er feststellt, daß Rumänien Bessarabien entgegen dem Willen der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung in seiner Macht hält.

Der Leib der Mutter.

Roman von Elfe Feldmann. Später, wenn die Kinder zur Schule gehen sollten, machte sich diese Betäubungszpit bemerkbar, ihr Gehirn war minder leistungsfähig, sie lernten schwer. In der ganzen Wohnung roch nach dem verräterischen Duft von grünen Mohlköpfen. Er wartete in Ungeduld. Er sah in seinem Zimmer, ohne etwas zu tun und wartete.

gation schlägt vor, an die gemeinsame Beratung der Voraussetzungen der Organisierung eines Plebiszites in Bessarabien heranzutreten, denn nur so werde die rumänische Regierung instande sein, sich von der Anklage zu befreien, daß sie Bessarabien ebenso gewalttätig und ebenso gegen den Willen der Bevölkerung in ihrer Macht halte.

Sodann wiederholte der Chef der rumänischen Delegation den schon in der letzten Sitzung bekanntgegebenen ablehnenden Standpunkt der rumänischen Regierung. Da die Anschauungen der beiden Delegationen miteinander nicht in Uebereinstimmung gebracht werden konnten, wurden die Arbeiten der Konferenz als beendet erklärt.

Die Delegationen verlassen in den nächsten Tagen Wien.

Kampf gegen die ungarische Sanierung.

Budapest, 2. April. Die Oppositionsparteien haben den Kampf gegen die Sanierungsvorlage proklamiert, für den am schärfsten die Rassen-schüler eintreten. Der Führer dieser Partei, Gömbös, schrieb dem Grafen Bethlen, daß die Rassen-schüler alles aufbieten werden, um die Gesetzgebung der Sanierungsvorlage zu verhindern.

Devilenturje.

Table with exchange rates for various currencies: New York 100 Rt., Zürich 100, Berlin 1, Wien 1.

Prager Kurze am 2. April.

Table with exchange rates for Prague: 100 holl. Gulden, 1 Billion Mark, 100 belg. Francs, etc.

Tages-Neuigkeiten.

Aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Aus unserem Milwaukee Bruderblatt, dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende drei der Verhältnisse im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten blühartig bedeutende Notizen:

das älteste Mädchen war eine Mißgeburt mit einem Höder, unbeschreiblich häßlich und alt. Ein Kind schleppte sich an Krüden, es war sehr rachitisch und die andern lagen vollständig lebensunfähig in den Betten. Dort sah der Mann und Vater und stidte alte Stiefel und da ging die Mutter herum. Mit ihrem Dulderlächeln trug sie die Last ihres Leibes, entstanden aus den Säften des Alkohols statt des frischen Blutes.

abendlichen Gebetsversammlung interessant zu machen, nach der Gebetsstunde Boxwettkämpfe abhalten lassen. Daraufhin sind ihm Hunderte von Protestschreiben zugegangen, die gegen eine derartige Profanierung der Kirche Stellung nehmen.

Diese Zivillisation, auf die alle Gegner des Sozialismus so stolz sind, eröffnet herrliche Perspektiven. Unter dem Vorwand, mit angesehenen Amerikanern in San Francisco verheiratet zu sein, werden, wie Zeitungsberichte besagen, jedes Jahr sehr viel hübsche Chinesinnen nach den Vereinigten Staaten geschickt. Liebesvolle Heiratsmittler bringen die jungen Damen an Bord der Dampfer, und sie segeln erwartungsvoll in eine glückliche Zukunft.

Wenn die Beschuldigungen der „Kings County Medical Society“ sich als begründet erweisen sollten, existieren in Brooklyn Männer, die sich für Ärzte ausgeben und auf die gestohlenen Lizenzen verstorbenen Ärzte hin praktizieren. Es wird behauptet, daß diese Leute ungeschicklicherweise die ärztliche Praxis ausüben, daß sie nicht das geringste Recht haben, ein Rezept auszusprechen, daß ihnen die technischen Kenntnisse, die zu dieser wichtigen Profession erforderlich sind, vollständig abgehen.

„Der Apfelsinen-Stein“ bringen bürgerliche Blätter folgende Notiz: Im Hamburger Hafen herrschte einige Tage ein Streik der Hafenarbeiter. In den verschiedenen Häfen lag nun eine große Anzahl von Auslandsdampfern mit ganz ungeheuren Mengen von Apfelsinen und anderen Südfrüchten. Es sind der Apfelsinen so viele, daß ihre Lösung Wochen beansprucht; sie kommen meistens aus Süditalien und Sizilien.

Wie ein Irter kam er sich auf der Straße vor; ein Irter, der nur Bilder des Irrens sieht. In Arbeit war nicht zu denken, bei zerrüttem Gehirn. Er hatte sich brieflich krank gemeldet und alle Aufträge der Redaktion zurückgeschickt. Er suchte seine Gasse von damals auf. Dem Mädchen mit den dicken Beinen wollte er einen Besuch machen.

bestimmt waren, nicht verderben zu lassen, haben sich 200 akademische Subjekte gefunden, die das dreidige Gewerbe des Streikbruchs ausübten. Und so fleißig sie waren, daß sie sich sogar an Bord des Dampfers „Pittsburg“ verpflegen ließen, dort vielleicht auch schliefen und auch andere Dinge verrichteten. Uns dünkt, sie hatten Ursache dazu, das Schiff nur aus zwingenden Gründen und unter entsprechenden Vorichtsmaßregeln zu verlassen; vielleicht hätten sie mit den Käufen der streikenden Hafenarbeiter unliebsame Bekanntschaft gemacht.

Zum Strafenaselkrieg in Reichenberg. Das Oberste Verwaltungsgericht hat die Beschwerden des Reichenberger Stadtrates gegen die Entscheidung der Verwaltungsbehörde wegen der Anschaffung von tschechisch-deutschen Strafenaseln in Reichenberg abgelehnt. Der Reichenberger Magistrat wies darauf hin, daß gegen die Reichenberger Gemeindevorstände eine Beschwerde an den Obersten Verwaltungsgerichtshof geklagt wurde und daß diese Beschwerde bisher noch nicht erledigt sei.

Dr. Svatel, einer der „tüchtigsten“ unter den in der Benzinnaffäre verhafteten Korruptionisten, erhielt zu seinem Geburtstag nicht weniger als 58 Blumensträuße ins Gefängnis. Es ist nun fraglich, so schreibt das „Právo Lidu“, was strafbar ist: Ob das, was diese Svatels getan haben, oder das, daß wir solche „Korruption“ Leute ins Gefängnis stecken.

Die Hochwasserkatastrophe in der Slowakei. Aus Kaschau wird gemeldet: Die Latoriza hat die Dörfer Solnoča, Podrognec und Baktvan überschwemmt. Nach Meldungen aus Ungvar ist die Gemeinde Solnoča beinahe zur Hälfte vernichtet, 38 Häuser sind beschädigt, 14 vollkommen eingestürzt und sieben bedroht. Ungefähr 33 obdachlose Familien sind um ihr Hab und Gut gekommen. Die Bevölkerung der überschwemmten Gemeinden leidet Not an Lebensmitteln. Die Unterstützungskaktion ist auch durch den Umstand erschwert, daß die erwähnten Gemeinden vollkommen überschwemmt sind, so daß man in dieselben nur auf Floßen gelangen kann.

Katastrophaler April-Schneesturm in Amerika. Durch einen heftigen Schneesturm in den Vereinigten Staaten sind einzelne Verkehrslinien unterbrochen. Zwei Züge einer Schneebahn in Long Island sind zusammengestoßen, wobei eine Person getötet und 25 verwundet wurden.

Und die begannen, ohne Brüderie vom Gesäß zu reden, von der vorangegangenen Nacht und den anderen Nächten, sie achteten kaum darauf, daß noch jemand im Zimmer war. Der letzte ging um vier Uhr früh fort, er ist mir schuldig geblieben. Ich konnte nicht wechseln. Die andere schimpfte: Was für eine Gemeinheit, ein armes Mädl zu betrügen. Der kommt nicht wieder. O ja, er kommt; in meinem Alter kann man nicht genug entgegenkommend sein.

Die „Narodni Visty“ in den April geschickt. Die „Reichenberger Zeitung“ brachte in ihrer 1. April-Nummer einen aufsehenerregenden Bericht über die Entdeckung eines historischen Grabes auf der Burgmüne Sammerstein, den die „Narodni Visty“ gestern ausführlich wiedergab. Ueber Anweisung des Vereines für Heimatfunde für den Reichs- u. Hergau beschlossen, wie der Artikel ausführte, mehrere hervorragende Gelehrte und Altertumsforscher Grabungen in Hammerstein zu veranstalten. In einer Tiefe von zwei Metern fand man Langenspäßen, Schweren, sowie Reste eines Schwertes, doch alles vom Zahne der Zeit bereits zerstört. In einer weiteren Tiefe von drei Metern stieß man auf die Oberdecke eines Gewölbes, zu welchem man auch schließlich den Eingang fand. In dem Gewölbe fand man nun einen massiv silbernen, über 100 Kilogramm schweren Sarkophag, aus dessen Inschriften hervorging, daß man den Sarg eines Lehnsmannes des Hans von Eiberstein, Herrn von Reichenberg und Friedberg, namens Nikolaus Dachs gefunden hatte. In einem zweiten offenen Silberfarge fand man die Ueberreste einer überlebensgroßen Person, ein schönes silbernes Schwert, eine prachtvolle goldene Halskette, goldene Ringe usw. Ein anwesender Prager Forscher nahm die Kunde sofort in Anspruch, mit der Begründung, daß Nikolaus Dachs direkte Nachkommen sich zu den Russen bekannt hätten. Die deutschen Gelehrten verlangten den Fund für ein deutsches Museum. Schließlich einigte man sich, den Sarkophag einstweilen in Reichenberg aufzubewahren, bis eine gerichtliche Entscheidung über das Eigentumsrecht vorliege. Der letzte Satz dieses Aprilheftes, den die „Narodni Visty“ offenbar übersetzt haben, besagt nun: „Heute trifft eine Abordnung der Kommission für Landesforschung in Reichenberg ein, um unter der Führung des bekannten tschechischen Altertumsforschers Herrn Brvni Duben (Erster April) den wertvollen Fund zu besichtigen.“ Die „Narodni Visty“, die jedenfalls wegen der Erwähnung der Russen die Sache bedenkenlos ausgegriffen haben, nennen den Fund „äußerst interessant“ und „historisch bedeutsam“ und appellieren an die interessierten Kreise, nicht sofort auch auf anderen Ruinen mit planlosen Ausgrabungen zu beginnen, damit nicht unersetzbarer Schaden angerichtet werde. Der — Mitarbeiter der „Narodni Visty“, dem es mit seinem Appell sicher ernst ist, hat leider ein großes Bed: Er ist bei seinen eigenen „Ausgrabungen“ aus anderen Blättern noch planlos vorgegangen.

Die Ausländer in der Tschechoslowakei. Nach dem vom Statistischen Amte veröffentlichten Resultate der Volkszählung zählt Böhmen bei 6.670.582 Einwohnern 93.757 Ausländer, demnach betrage einsechshalb Prozent. Unter diesen Ausländern nehmen die reichsdeutschen und österreichischen Deutschen den größten Prozentjah ein (rund 80 Prozent); den Rest bilden Russen, Polen (hauptsächlich Juden), Ungarn, Südslaven und die übrigen Nationalitäten. In Groß Prag gibt es 13.362 Ausländer unter 676.657 Bewohnern, demnach ungefähr zwei Prozent.

Ein trauriges Kapitel aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Prager Polizei erhielt in den letzten Tagen die vertrauliche Mitteilung, daß in der Wohnung der Frau Marie Hodaček in Prag-Militz, Salvatorgasse, öfter Frauen und Mädchen erscheinen, die sich verbotenen Eingriffen unterziehen. Es wurde eine Hausdurchsichtigung vorgenommen, bei der verschiedene Instrumente vorgefunden wurden, die auf ähnliche Operationen schließen lassen. Auch traf die Polizei in der Wohnung zufällig eine gewisse Marie H. aus Rimbürg, die eben eine „Operation“ vornehmen lassen wollte, aber zu wenig Geld bei sich hatte. Die Hodaček riet ihr, sich an die Geburtshelferin Marie Tomáček in der Havlíčekgasse zu wenden, die sie wieder in der Wohnung der wegen Fruchtbarkeitsoperationen mehrmals verurteilten Geburtshelferin Marie Tomáček in Prag-Neustadt, Fischmarktstraße, führte. Auf Grund dieser Aussage wurde dort ebenfalls eine Hausdurchsichtigung vorgenommen und erhoben, daß bei der Tomáček ein reger Verkehr von Mädchen und Frauen vom Lande herrschte. Auch ließ ein im achten Monat der Schwangerschaft befindliches Mädchen in Prag einen Eingriff vornehmen, wobei die Tomáček die Leibesfrucht in unheimlicher Weise entfernte und dieselbe sodann verbrannte. Ähnliche Operationen nahm auch die Novak in der Wohnung der Hodaček vor, wobei sie sich rühmte, derselben ein „Arematorium“ zu besitzen. Die Hodaček und die Tomáček wurden verhaftet. Die Novak flüchtete, wurde aber angefordert und ebenfalls in Gewahrsam genommen.

Deutschlands Reaktionen wollen eine geheime Wehrpflicht einführen. Wie die Berliner „Reichs-Röhre“ unter der Ueberschrift „Der jugendliche Orden für versteinerten Militarismus“ aus Cassel mitteilt, hat der Jungdeutsche Orden einen Reichsausschuß gebildet, welcher die Einführung einer allgemeinen gleichen zweijährigen Arbeitsdienstpflicht für die männliche Jugend herbeiführen will.

Arbeiternäher. Wie der sozialdemokratische Parlamentsdienst aus Hamburg meldet, kam es Montag abends in Grasdorf bei Hamburg anlässlich der Gründung einer Ortsgruppe des Stahlhelm zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern, die der Versammlung der Stahlhelmtreue beiwohnen wollten, und den Versammlungsteilnehmern, wobei ein 17-jähriger Arbeiter erstochen und zahlreiche Personen verletzt wurden.

Die Not der deutschen Landwirtschaft. Aus dem bayrischen Dorfe Feilnbach b. Bad Abbding berichtet die „Münchener Post“:

„Hier verzehrten drei Bauerntöchter innerhalb der drei Fastnachttage infolge einer Wette ein ganzes Kalb im Gewicht von 160 Pfund samt

den nötigen Zutaten, dazu vertilgten sie 87 Liter Bier, 10 Liter Most und 3 Liter Wein. Einer der Viehsträhe ah, um ganz satt zu werden, darauf noch sechs Paar Schweinswürste, eine doppelte Portion kalten Aufschnitt und sechs kalte Knödel. Ein Hofknecht ah eine Pfanne voll „Schmarra“, die für 3 Personen bestimmt war und deren Inhalt über 10 Pfund wog, allein auf einem Sitz aus. Durch photographische Aufnahme mit entsprechender Beschreibung der erstgenannten drei Fresser wurde dafür gesorgt, daß die Heldentat auch späteren Generationen erhalten bleibt.“

Diese photographische Aufnahme ist wahrhaft würdig, der Zukunft erhalten zu bleiben. Sie bietet einen charakteristischen Beleg aus Deutschlands elendester Zeit, da das Ausland mittels Ringelbeutel deutsche Kinder vor dem Verhungern schützen mußte, der deutsche Arbeiter und Beamte froh war, auch nur Sonntags ein halbes Pfundchen Fleisch in den Topf zu bekommen — und die deutsche Landwirtschaft über ihren Notstand klagte! . . .

Nichtorganisierte — Parasiten! In Christiania hatte die Gewerkschaftszeitung der Straßenbahner sechs Beamte der Christianer Straßenbahn, die der Organisation nicht beigetreten waren, als „Parasiten“ bezeichnet, worauf diese gegen den Redakteur die Ehrenbeleidigungsklage überreichten. Diese Klage wurde als unbeschäftigt abgewiesen mit der Begründung, daß für Menschen, die sich dagegen wehren, in ihre Interessen vertretende Organisation einzutreten, die Bezeichnung „Parasit“ passend ist.

Wieder ein Opfer des Studentendruckens. Samstag nachmittag fand in Graz ein Duell unter Studenten, allem Anschein nach zu den schwersten Bedingungen, statt. Um 4 Uhr wurde in Begleitung eines Arztes in einem Privathaus der 23-jährige Jurist Mahner, ein Sohn des dortigen evangelischen Pfarrers, in schwer verletztem Zustand in die chirurgische Abteilung des Landeskrankenhauses gebracht. Der Student hatte bei einem Duell eine Durchstichung des Brustfelles und der Lunge erlitten.

Doppelte kommunistische Moral. Die Moskauer kommunistische Presse hat anlässlich des letzten Doderstreiks in England spaltenlang über die „verräterischen Führer“ der englischen Dodarbeiter geschimpft. Zur selben Zeit wurde eine Gruppe gefangener Dodarbeiter aus Odessa über Charlow nach Moskau gebracht. Das große Verbrechen dieser Arbeiter bestand darin, daß sie vor einem halben Jahre, im Juni 1923, in Odessa einen Streik der Dodarbeiter organisiert hatten. Die 23 „Verbrecher“ wurden in ihrer leichten Arbeitskleidung verhaftet, ein halbes Jahr durch verschiedene Gefängnisse geschleppt und schließlich im Winter in das Gefängnis Taganka in Moskau eingeliefert. In derselben dünnen, zerissenen Kleidung werden sie nun nach dem entferntesten Norden, nach Archangelsk und den Solowjeklinseln deportiert. Während der ganzen Zeit wurden sie in den Gefängnissen wie gemeine Verbrecher behandelt und erst in Moskau bekamen sie zum ersten Male eine Zeitung zu Gesicht. Der Zufall fügte es, daß diese Zeitung die größten Lobsprieche über die Dodarbeiter enthielt — nämlich über die englischen Dodarbeiter, die in den Streik getreten waren!

Die Sicherheit des Luftverkehrs wird immer größer. Bei dem Diner, das in London die Instone Air Line ihren Angestellten gelegentlich der Uebernahme dieser Gesellschaft für den Luftverkehr durch die englische Reichsverkehrsgesellschaft gab, wurde mit Befriedigung konstatiert, daß während der ganzen Zeit ihrer Tätigkeit nicht ein einziges Menschenleben zum Opfer fiel, obgleich ihre Flugzeuge mehr als eine Million Meilen zurücklegten.

18 Personen ertrunken. Bei dem Einsturz der Brücke in der Dorfgemeinde Algaba (Spanien), von wo aus Leute die Ueberschwemmung des Guadalquivir beobachteten, sind etwa 15 Personen ums Leben gekommen. In der Umgebung von Sevilla sind drei Personen ertrunken.

Grausamer Rinozauer. In New York glaubten dieser Tage Hunderte von Leuten, die sich auf dem Bahnsteig der Hochbahn drängten, Zeugen einer spannenden Almafahrt zu sein. Drei Banditen erzwangen sich mit Pistolenhieben den Zugang zu einem Juwelierladen, fesselten und knielten den Eigentümer, rafften Waren im Werte von 10.000 Dollar zusammen und flohen. Die Menge, die das Schauspiel durch das Schaufenster beobachtet hatte, applaudierte dem vermeintlich realistischen Spiel. Erst nachher erkannte man, daß es sich um keine Komödie handelte und nahm die Verfolgung auf. Es gelang, die Räuber zu fassen.

Der Vulkan Stromboli in erhöhter Tätigkeit. Erst jetzt wird bekannt, daß am 28. März früh eine starke Eruption des Stromboli erfolgt ist, die von einem heftigen Meerbeben begleitet war. 15 Personen sollen verletzt sein.

Weiterüberblick vom 2. April. Die Mittelmeerdepression hat weiter an Umfang zugenommen, ihr Wirkungsfeld reicht bis an die Nord- und die Ostsee. Die Niederschläge haben sich am Dienstag von den Alpen nord- und ostwärts ausgebreitet und auch die Republik erreicht. Mehr als ein Millimeter Regen fiel jedoch nur an deren Südrand und in Ostböhmen. Die Nächte sind frostfrei. Die Tagestemperaturen werden etwas abnehmen, da sich an der Ursprungsstätte der nordöstlichen Winde, in Skandinavien, eine neue Kälteperiode eingestellt hat. (Mittelschweben acht bis neun Grad Celsius.) Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern des ungünstigen Wetters, rauh.

Kleine Chronik.

Einführung zum Parakiti. Ein wenigstens in Europa ungewohntes Verfahren, einen mißliebigen Minister zum Rücktritt zu zwingen, wurde kürzlich gegen das Mitglied des japanischen Kabinetts Grafen Goto angewandt. Der Minister hatte im Interesse des Ausgleiches der durch das Erdbeben herbeigeführten wirtschaftlichen und finanziellen Schäden rigorose Steuermaßnahmen angeordnet und damit das Mißvergnügen weiter Volkstheile erregt. Kürzlich sah er nun vom Fenster seines Arbeitszimmers aus, wie ein Leichenwagen vor seinem Hause vorfuhr, dem die Leichenträger einen kostbaren Sarg entnahmen, um ihn an der Haustür niederzustellen wonach sie sich schweigend entfernten. Neugierig trat der Minister aus dem Hause, um das bestrennbliche Geschehen näher in Augenschein zu nehmen. Der aus kostbarem Rosenholz gefertigte, mit silbernen und bronzenen Nieten reich bedeckte Sarg trug auf dem Deckel die Initialen des Grafen, und wenn noch ein Zweifel bestehen konnte, daß der Sarg für den Minister bestimmt war, so hätte diesen Zweifel eine auf dem Deckel befestigte Karte beseitigt, auf der man die Worte las: „Wir lassen den Kasten leer, hoffen ihn aber am Abend voll wieder abholen zu können.“ Rein Zweifel, man richtete an den Grafen Goto die Aufforderung, an sich das landesübliche Parakiti zu vollziehen. Heute ist man soweit, daß die Ueberführung eines Sarges nicht genügt, um den Empfänger zum Selbstmord zu treiben. Graf Goto regte sich deshalb auch nicht weiter auf, sondern begab sich lächelnd ins Ministerium. — Die Japaner sind Stümper. Wenn sie lernen wollen, wie man einen mißliebigen Staatsmann aus der Welt schafft, so sollen sie bei unseren deutschbolschewistischen Ministerkellern in die Schule gehen.

Volkswirtschaft.

Bewegung im nordmährischen Baugewerbe.

Montag, den 31. März fanden in Olmütz Lohnverhandlungen im Baugewerbe für das nordmährische Gebiet statt. Trotzdem das Lohnschiebegericht in Brünn durch eine Entscheidung die Stabilität der Löhne in einem analogen Falle ausgesprochen hat, trotzdem in einer Reihe anderer größerer Vorkriegsgebiete eine vertragliche Regelung im selben Sinne möglich war, beharrten die Baumeister Nordmährens starrsinnig auf einem Lohnabbau. Was ein solches Verlangen bedeutet, kann nur der beurteilen, der die „Höhe“ der nordmährischen Bauarbeiterlöhne kennt. Sie waren im alten Oesterreich die niedrigsten, sie sind es heute noch, in der Tschechoslowakei. Auf die Tatsache, die niedrigsten Löhne von jeher gezahlt zu haben, scheinen die nordmährischen Baumeister besonders stolz zu sein. Ihr Streben geht dahin, diesen Stolz, diesen Ruhm noch zu erhöhen; deshalb das hartnäckige Verlangen nach weiteren Lohnabbau. Seitens der Vertreter des deutschen Bauarbeiterverbandes wurde bei den Verhandlungen ein Vermittlungsvorschlag gemacht, der nun Gegenstand der Prüfung und Beratung einer Unternehmerversammlung sein wird. Wird der Vorschlag abgelehnt, ist dadurch klar der Beweis erbracht, daß es den Unternehmern überhaupt und von vornherein nicht ernst gewesen ist, im Verhandlungswege die Lohnfrage vertraglich zu regeln. Diese Annahme wird noch dadurch bekräftigt, daß jetzt schon einzelne Unternehmer, also während der Zeit der Verhandlungen, Arbeiter nötigen einen Hebers mit einem vom Baumeister diktierten und tief herabgesetzten Lohne zu unterschreiben. Mit jenen Baumeistern, welche diese, den primitivsten Regeln des Anstandes und der guten Sitten widersprechenden Gewaltmethoden anwenden und so die Not der Arbeiter auszunutzen, besonders hohe Profite einzubehalten versuchen, wird ja noch ein Wortchen gesprochen werden.

Alle Bauarbeiter, an die eine solche terroristische Forderung gestellt wird, müssen diese ablehnen, aber auch den Namen des Unternehmers sofort der Organisation bekannt geben. Im Uebrigen mögen sich die Bauarbeiter Nordmährens zum Kampf vorbereiten und rüsten. Lehnen die Unternehmer in ihrem Starrsinn den Vermittlungsvorschlag ab, dann ist der Kampf wohl unausbleiblich.

Das zweite Arbeitsprogramm des Bodenamtes.

Nachdem wir bereits mitgeteilt haben, welche Großgrundbesitze in den deutschen Gebieten Böhmens während der bis 1927 angelegten Arbeitsperiode des staatlichen Bodenamtes von demselben übernommen und aufgeteilt werden, wollen wir heute die in Frage kommenden Großgrundbesitze in den deutschen Gebieten von Mähren und Schlesien nennen. Es sind dies:

- Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Jglaun: 1. Wiedemann-Zednisch, Wiese (zu übernehmender Grund 600 Hektar, Jglaun), 2. Dalberg, Datschitz (zu übernehmender Grund 1155 Hektar, Datschitz), 3. Rainhardt-Wichioni, Böhm. Rudolfsch (569 Hektar, Jablonsch).
- Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Jnaim: 1. Löwenstein-Wertheim, Lenonitz (zu übernehmender Grund 1411 Hektar, Mähr.-Budweis), 2. Fr. Rüst, Mähr.-Kromau (2618 Hektar, Mähr.-Kromau), 3. Marie Kammel-Herdger, Seletitz (604 Hektar, Jnaim), 4. Offenheim, Jaisitz (729 Hektar, Jnaim), 5. Amalie Hart-Stummer, Wiestitz (1087 Hektar, Mähr.-Kromau), 6. Haas-Haasensfeld, Wöttau (zu übernehmender Boden 691 Hektar, Jnaim, Mähr.-Budweis), 7. Adam Stadnich, Jnaim (713 Hektar, Jnaim).
- Im Gebiete des Zuteilungskommissariats in Zaboch: 1. Alois Wichtenstein, Groß-Mees-

dorf, Weikersdorf, Weitendorf (Gesamtbesitz 6500 Hektar, Weikersdorf, Ansiedlung), 2. Weiblan, Trzobstun, Jauernig, Barzdorf, Judmantel, Freiwaldau (bei Freiwaldau Gesamtbesitz 99 Hektar, sonst keine näheren Angaben), 3. Adolf Dabitsch, Jladomitz (zu übernehmender Boden 292 Hektar, Sohelwitz?), 4. Richard Wauthner, Jnanahendorf, Jschmischitz (zu übernehmender Grund 225 i ad 267 Hektar, Mähr.-Schönberg), 5. Hierotin, Kraschitz, Klouda (zu übernehmender Boden 143 Hektar, Mähr.-Schönberg).

Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Ung-Gradisch: Sad. Sallern, Willowitz (1318 Hektar, Anjov).

Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Brunn: Moriz de Horck, Rostitz (2149 Hektar, Eibenschitz).

Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Olmütz: 1. Frieß-Tersch, Chudowitz (zu übernehmender Grund 210 Hektar, Olmütz), 2. Deutscher Ritterorden, Bnsau, Hoidbühlitten (zu übernehmender Boden 31 Hektar, Olmütz), 3. Deutscher Ritterorden, Langenluth (700 Hektar, Olmütz).

Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Troppau: 1. Johann Witzel, Königsberg, Schles.-Ostrau, Dobroslawitz, Radwanitz, Pypina (Gesamtbesitz bei Dobroslawitz 5500 Hektar, Königsberg), 2. Andreas und Marie Karmosch, Chernostawitz (872 Hektar, Bisthabitz).

Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Friedel: 1. Heinrich Sedoa Hohenrollern, Pulnel, großer und kleiner Hof in Seitendorf (207 Hektar), Schloßhof und Pulnel (50 Hektar), 2. Theresianische Akademie Wien, Neutitschein, Dürnböhl (Gesamtbesitz 2700 Hektar, Neutitschein), 3. Salomon Czechowicz, Parshendorf (608 Hektar, Friedel), 4. Friedrich Larisch, Könnitz, Schönberg (zu übernehmender Boden 863 Hektar, Friedel), 5. Dr. Viktor Bauer, Kunowitz, Jauschel (zu übernehmender Grund 480 Hektar, Pulnel, für Ansiedlung), 6. Varisch-Münich, Oberberg (349 Hektar, Friedel), 7. Erzbischof Olmütz, Sedowald (zu übernehmender Grund 972 Hektar, Mistel, Verfürzung möglich), 8. Goldberg, Bnsau (zu übernehmender Boden 525 Hektar, Miste).

Im Gebiete des Zuteilungskommissariats Brerau: 1. Johann Wichtenstein, Blumenau-Blum (zu übernehmender Boden 770 Hektar, Blumenau), 2. Metropolitankapitel Olmütz, Hof Wilsowitz (31 Hektar, Prokhnitz, im ganzen).

Insgesamt werden in ganz Mähren und Schlesien von den einzelnen Zuteilungskommissariaten übernommen: Jnaim circa 10.000 Hektar, Jglaun rund 5000 Hektar, Ungarisch-Gradisch 3432 Hektar, Olmütz 1543 Hektar, Brerau 7130 Hektar, Brünn 4791 Hektar, Göding 2115 Hektar, Wall-Wejersitz 5594 Hektar, Zaboch circa 3000 Hektar, Friedel rund 4500 Hektar und Troppau circa 2000 Hektar.

In welchem genauem Zeitpunkt die einzelnen Großgrundbesitze vom staatlichen Bodenamt übernommen und aufgeteilt werden, läßt sich im voraus natürlich nicht bestimmen. Das Bodenamt sucht mit den einzelnen Besitzern möglichst im gegenseitigen Einvernehmen die Sache zu regeln, um gerichtliche Streitigkeiten zu vermeiden. Für die einzelnen Bewerber, insbesonders Gemeinden etc. empfiehlt es sich mitunter, die gewünschten Grundstücke im Kaufwege von den Besitzern — unter Zustimmung des Bodenamtes — zu erwerben, besonders dann, wenn der Kaufpreis nicht auf einmal bezahlt werden muß.

Zusatz der Skodawerke mit dem Gradeter Eisenwerk. Wie die bürgerlichen Blätter berichten, wird in der am 16. April stattfindenden Generalversammlung der Skodawerke die Vereinigung dieses Unternehmens mit der Eisen- und Metallwerke A. G. in Gradetz bei Nechan erfolgen.

Zur Neubebauung des Unterdanones in der Tschechoslowakei. Die „Ceskoslovenska Republika“ bringt eine Artikelserie des Professor Schamberger, worin sich dieser für die Wiederinbetriebsetzung der aufgelassenen Goldbergwerke auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik einsetzt. Er ist dafür, daß der Staat die Goldbergwerke finanziert. Dazu wäre ein Kapital von 100 Millionen Kronen notwendig, welches in fünf Jahresraten flüssig zu machen wäre. Die Staatsverwaltung müßte berechtigt sein, im Laufe einer gewissen Zeit die wenigen Goldbergwerke, die noch im Betriebe sind, zu übernehmen. Alle Bergwerke müßten zu einer Gesellschaft vereinigt werden, an der der Staat beteiligt wäre.

Streik der Lederarbeiter und Tischler bei der Firma Hoffmann-Würzel Söhne in Karlsbad. Infolge Lösung des Kollektivvertrages und Nichterfüllung der Lohnforderungen sind die Lederarbeiter und Tischler bei der Firma Hoffmann-Würzel Söhne in Karlsbad in den Streik getreten. Zugang von Lederarbeitern und Tischlern ist daher nach Karlsbad streng fernzubalten.

Deutschlands Reparationsleistungen. In der Woche vom 23. bis 29. März wurden 187.000 To. Kohle und 413.682 To. Kohle aus dem Ruhrgebiete in die Ententeländer befördert, während nach dem Vorprogramm 151.933 To. Kohle und 347.764 To. Kohle exportiert werden sollten. Die Ausfuhr stellt das Maximum des in einer Woche seit Unterfertigung des Vertrages Erzielten dar. An Steuern wurden in der dritten Märzwoche unter dem Titel der Kohlensteuer 23.895.182 Kr. eingehoben. Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat dem französischen Staatsschatz 30 Millionen Franken aus dem Gewinne im Monate März abgeführt.

Drohungen englischer Wertpapierbesitzer. Die Arbeitgeber in den englischen Werften haben beschlossen, am 5. April durch öffentliche Kundmachungen bekanntzugeben, daß die Generalauslieferung auf den Docks am 10. April gegenüber allen Arbeiterverbänden in Kraft tritt, deren Mitglieder in Southampton nicht am 8. April die Arbeit wieder aufnehmen.

Polnische Währungsreform. Wie die Warschauer Blätter melden, beabsichtigt die Regierung die polnische Mark bis Ende Juni 1925 aus dem Verkehr zu bringen und bis zu dieser Zeit auch die Staatsschuld in der Höhe von etwa 300 Billionen bei der polnischen Landesbanklebenskasse zu amortisieren.

Der Bergarbeiterstreik in Polnisch-Oberschlesien. Einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Breslau zufolge hat der in Ost-Oberschlesien proklamierte Streik der Bergarbeiter einen größeren Umfang angenommen.

Literatur.

D. F. Strauß: „Der alte und der neue Glaube.“ — Indiv. Feuerbach: „Das Wesen der Religion.“ — Indiv. Feuerbach: „Die Unsterblichkeitsfrage“ in Kröners Taschenrechen (Leipzig). Das Erscheinen von D. F. Straußens „Der alte und der neue Glaube“ in Kröners Taschenrechen ist in unserer Zeit des Kampfes um die Weltanschauung und um den brennendsten Weltanschauungsunterricht in der Schule besonders zu begrüßen.

Genossen Cermal abzusehen. Eine etwaige Korrespondenz an Genossen Cermal wäre an das Parteisekretariat in Prag zu richten.

Pianisten-Invasion. Die Prager Konzertsäle sind in der letzten Zeit auffallend stark von in- und ausländischen Pianisten bedeckt. Da Prag gegenwärtig eine Pianistenstadt ist, die den internationalen Musikmarkt selbst mit tüchtigen Klavierkünstlern versorgt, kommen viele der bei uns konzertierenden Klaviervirtuosen vor leeren Sälen spielen, wenn sie nicht einen außerordentlichen Aufbruch erleben, der zu ihren Konzerten lockt.

Gastspiel Paul Morgan „Causa Kaiser“ von Stal und Eidler. Paul Morgan ist wieder einmal als Gast im Neuen Deutschen Theater von einem gut gestimmten Publikum herzlich begrüßt worden.

Zu den Gemeindevahlen in Troppau. Die Exekutive der Kreisvertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Troppau hat folgende Rundgebung beschlossen: „Die am 31. März 1924 stattgefundene Sitzung der Kreisexekutive in Troppau hat sich mit der Listenkoppelung der Troppauer Lokalorganisation bei den Gemeindevahlen beschäftigt und stellt fest, daß die hier erfolgte Listenkoppelung mit den Deutschbürgerlichen und die gleichzeitige Ablehnung der Koppelung mit den Kommunisten, insbesondere aber die Begründung der Ablehnung, nicht den Anschauungen der Kreisvertretung entspricht.“

Turnen und Sport. Fußballtraining.

Wir lesen in der Arbeiter-Turn- und Sportzeitung: Das Fußballspiel unterscheidet sich in seiner Grundtendenz von anderen Sportspielen dadurch, daß der Kampf um den Sieg im Vordergrund des ganzen Interesses steht. Jeder Verein strebt danach, eine erstklassige „Elf“ zusammenzustellen; im bürgerlichen Sport werden sogar erstklassige Kräfte zu diesem Zwecke „gekauft“, indem ihnen trübselige Stellen verschafft, Gehaltswürdungen und Kleidung überwiehen werden.

„Weichheit“ Weichheit spielte Sonntag in Dux und schlug die dortige Hedwig 5:1 (3:0) nach einem schönen, ständig offenen Kampfe. Die ersten 15 Minuten war Hedwig die bessere Mannschaft, dann dem Tempo zum Opfer. Erst die letzten Minuten kam es wieder etwas auf. „Weichheit“ in neuer Aufstellung. Beide Mannschaften spielten einen unfertigen Eindruck.

Bei den diesjährigen Serienpielen wurde der bekannte Bundesmeister Leipzig-Städter mit 6:0 empfindlich geschlagen. Dresdner SV 10, wurde damit Kreismeister (Kreis 4 Sachsen) und dürfte als Sieger aus den Schlußspielen um die Bundesmeisterschaft in Betracht kommen.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Kori Cermal. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holla.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Kunst und Wissen.

Einführung von künftigen Theatergemeinschaftlichen Vorstellungen.

Wie erhielten folgende Rundgebung: „Am dem Wunsch und Bedürfnis weiterer Volkskulturen entgegenzukommen, auch Abendvorstellungen im Neuen Deutschen Theater zu erschwinglichen Preisen besuchen zu können, haben die Körperschaften, welche bisher die regelmäßigen Nachmittagsvorstellungen im Neuen Deutschen Theater veranstalten, in Verbindung mit der Direktion des Deutschen Theaters

eine Theatergemeinschaft

aus Leben gerufen, welche es sich zur Aufgabe macht, in den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung das Interesse für gute Theaterkunst zu wecken und zu vertiefen. Dieses Ziel soll durch die ständige Einrichtung vollständiger Abendvorstellungen, welche an ungefähr 20 Montagen oder Freitagen im Jahre stattfinden, erreicht werden.

Direktion des Deutschen Landestheaters. Bildungsverein Deutscher Arbeiter in Prag. Prager Volksbildungsberein Urania. Theaterauswahlgang der Arbeiterkammer.

Die Schaffung einer Theatergemeinschaft mit Zweck und Zielen, wie sie in der obigen Rundgebung skizziert sind, ist durchaus zu begrüßen. Wenn im Rahmen dieser Theatergemeinschaft durchwegs künstlerisch wertvolle Stücke werden aufgeführt werden, werden diese Vorstellungen zweifellos eine Bereicherung des Kunstlebens insbesondere der nicht oder wenig bemittelten Schichten der Prager deutschen Bevölkerung bilden.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Der Ruf“, Freitag Gastspiel Melius-Rathkeff „La Traviata“, Samstag „Dolly“, Sonntag „Parfisa“ (Beginn 5 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Die deutschen Kleinstädter“, Freitag und Sonntag Gastspiel Morgan „Die Causa Kaiser“, Samstag 7 Uhr Gastspiel Morgan „Der Freischütz“, Nachvorstellung Gastspiel Morgan „Der unsichtbare Mensch“, „Das Streichquartett“, „Die Schule der Autoren“, „Der Mann ohne Namen“, Sonntag Nachmittag 3 Uhr „Das Komel geht durch das Redelohr“.

Eröffnungsvorstellung der Theatergemeinschaft. Montag 6 Uhr „Parfisa“. Zentralsky dirigiert. Ermäßigte Preise. Meiniger Kartenverkauf: Deutsches Haus, Optiker Deutsch, Graben 25, Uraniakassa, Nikolanderrealschule.

Festkonzert Richard Strauß. Richard Strauß, der sein sechzigstes Geburtsjahr feiert, wird in Prag am 8. April (Luzernsaal) mit Kammerfänger Franz Steiner einen Vederabend veranstalten. Richard Strauß wird am Klavier sechzehn seiner schönsten Lieder begleiten.

Ein „Theater der Schauspieler“. Dienstag wurde in Wien das von Max Reinhardt geleitete „Theater der Schauspieler“ eröffnet.

Aus der Partei.

Genosse Cermal erkrankt. Genosse Cermal ist vor vier Wochen an einer Grippe erkrankt und muß infolge ihrer Nachwirkungen das Bett hüten. Bis zur Wiedergenesung dürfte noch eine längere Zeit vergehen. Es werden daher die Genossen ersucht, bis auf weiteres von einer Teilnahme des

Advertisement for Vitello Delikatess-Margarine. The image shows two women in elegant attire standing next to a large refrigerator. The refrigerator has a sign that says 'Vitello Delikatess'. Below the image, the text reads: 'Nur WITELLO Delikatess-Margarine gleicht der feinsten Teebutter.'